

P R O T O K O L L
der 296. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 24. Mai 2005
Zeit	19.30 – 20.40 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Bettler Suter Verena
Mitglieder	Aebi Florian, Aeschimann Pia, Beck Jolanda, Beyeler Renate, Brüngger Samuel, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat-Dangel Caroline, Friedli Rolf, Gantner Urs, Graham Marina, Grubwinkler Ralf, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Künzi-Egli Barbara, Lehmann Beat, Loosli Marc, Lützel Schwab-Sturzenegger Nadia, Mallepell Elisabeth, Manz-Tanner Judith, Meyer Roland, Müller Alois, Müller Franz, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger-König Daniela, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Stettler Annemarie, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzählerinnen	Aeschimann Pia, Stettler Annemarie
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Cabernard Ursula, Gubler-Geelhaar Patricia, Hanke Thomas, Mangold Kathrin, Stalder Ritschard Barbara, Staub Christian
Sekretärin	Karin Pulfer, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Bigler Ernst, Staub Bettina
Protokoll	Roth Nicole, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 10

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 22. März 2005	36
2	Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek; Ersatzwahl	36
3	Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2004	37
4	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans	39
5	Verwaltungsbericht 2004	40
6	Erneuerung Sauberwasserleitung Dentenbergstrasse – Brügglibach; Kreditabrechnung	41
7	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2004; Abrechnung	41
8	Interpellation Wegmüller (SP) betr. gefährliche Plakatstandorte	42
9	Neue parlamentarische Vorstösse	42
10	Dringliche Motion SP-Fraktion Muri-Gümligen betreffend die Nutzung der Parzelle Gümligenfeld	45

Die Präsidentin eröffnet die 296. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern fest. Speziell begrüsse sie Finanzverwalter Beat Schmid, er sei für die Auskunftserteilung zum Traktandum 3 anwesend.

Mitteilungen

Überbauungsordnung Gümligenfeld / Media Markt; Pressemitteilung der Baukommission

Thomas Hanke, Gemeinderat, gibt bekannt, dass soeben die Sperrfrist für die Pressemitteilung der Baukommission und des Gemeinderates i.S. Überbauungsordnung Gümligenfeld / Media Markt abgelaufen sei. Daher könne er einige Erläuterungen zur Pressemitteilung der Baukommission, welche allen Parlamentsmitgliedern vorliege, abgeben.

Die Baukommission habe sich in mehreren Sitzungen eingehend und fundiert im Rahmen ihrer baupolizeilichen Aufgaben mit der Frage nach der Zulässigkeit der Nutzung des Gümligenfeldes durch den Media Markt befasst. Dazu habe auch die Frage der Parkplatzregelung gehört.

Im Rahmen ihrer Abklärungen hätten Kontaktaufnahmen mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung, mit dem Regierungsstatthalteramt, mit Vertretern der Bauherrschaft / Grundeigentümerin und mit der Führungsspitze von Media Markt stattgefunden. Zudem sei eine externe Begutachtung durch einen Juristen in Auftrag gegeben worden.

In Kenntnis all dieser Abklärungen habe die Baukommission feststellen können, dass aus baupolizeilicher Sicht kein Verstoß gegen die gültige Baubewilligung und gegen die rechtskräftige Überbauungsordnung festzustellen sei.

Gegen die Eröffnung eines Media Marktes im Gümligenfeld würden aus baupolizeilicher Sicht – und einzig diese habe die Baukommission zu beachten – keine Einwendungen bestehen.

Überbauungsordnung Gümligenfeld / Media Markt; Verkehrsaufkommen

Ursula Cabernard, Gemeinderätin, hält fest, Gümligen sei nicht Lyssach und würde auch nicht Lyssach werden! Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass ein Fachmarkt Mehrverkehr generieren werde. Die Strassen, welche zum Dorf und davon weg führten, könnten aber nicht einfach geschlossen werden. Der Gemeinderat werde alles daran setzen, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und Massnahmen zu treffen, dass man geordnete Verkehrsverhältnisse haben werde, und dabei auch den Anliegen der schwächsten Verkehrsteilnehmenden, den Schülerinnen und Schülern, besondere Beachtung schenken. Der Gemeinderat arbeite – zusammen mit den betroffenen Partnern, der Bauherrschaft, dem Media Markt, dem Kanton und dem RBS – daran. Wie dies konkret aussehen werde, wisse man noch nicht. Aber man werde das Parlament und die Bevölkerung nach den Sommerferien über die weiteren Schritte informieren können.

Finanzseminar vom 12. Mai 2005

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass beim Eingang zur Aula Unterlagen für diejenigen aufliegen, welche nicht am Finanzseminar hätten teilnehmen können.

Agglomerationsstrategie; Workshop vom 21.10.2005

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass am 21. Oktober 2005, von 09.00 – ca. 17.00 Uhr, ein Workshop zum Thema Agglomerationsstrategie stattfinde. Eingeladen seien 3 - 5 Parlamentsmitglieder. Vorgeschlagen werde, die Anmeldung analog dem „Schlüssel der GPK“, also 2 Personen aus der FDP/jf und je 1 Person vom Forum, von der SP und der SVP, vorzunehmen. Nominationen / Rückmeldungen durch die jeweiligen Fraktionspräsidien seien rechtzeitig der Gemeindegemeinschafterin Karin Pulfer bekannt zu geben. Sie habe die Anmeldungen bis am 10. Juni 2005 der Agglomerationskommission bekannt zu geben.

Der Einladung sei nicht zu entnehmen, ob dieser Workshop mehrmals stattfinde. Man gehe aber davon aus, dass er voraussichtlich einmalig sei.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 22. März 2005

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek; Ersatzwahl

Die Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 30. April 2005 zurückgetretenen Nando Stauffer schlage die Freisinnig-demokratische Partei Viviane Burkhalter, stud. Phil. hist., Gurtenweg 69, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Einstimmig wird Viviane Burkhalter für den Rest der laufenden Amtsperiode als Mitglied der Kommission für Weiterbildung, Kultur und Gemeindebibliothek gewählt.

Die Vorsitzende gratuliert der Gewählten.

3 **Verwaltungsbericht Finanz- und Steuerwesen 2004**

Für die Auskunftserteilung ist Finanzverwalter Beat Schmid anwesend.

Barbara Künzi hält fest, an der GPK-Sitzung seien traditionsgemäss Gemeindepräsident Hans-Rudolf Saxer und Finanzverwalter Beat Schmid anwesend gewesen. Zusätzlich hätten Hanspeter Steiger, Controller i.S. Pflegeheim, und Christian Staub, Ressortvorsteher Gesundheit, an der Sitzung teilgenommen.

Die GPK habe das Ergebnis der Rechnung als erfreulich taxiert. Trotzdem habe sie noch über einige Punkte diskutiert, insbesondere über das massive Defizit des Pflegeheimes. Dieses sei u.a. auf die neue Bewohnereinstufung, Personalübungen und Debitorenabschreibungen von auswärtigen Heiminsassen zurückzuführen.

Die GPK habe zur Kenntnis genommen, dass entsprechende Massnahmen eingeleitet worden seien, um künftig keine solchen Kostenüberschreitungen mehr ausweisen zu müssen. Die GPK habe bereits letztes Jahr ein besonderes Augenmerk auf das Budget des Pflegeheimes gehabt und werde dies auch künftig tun.

Im Jahre 2004 sei eine Investitionsspitze ausgewiesen worden. Im Verhältnis zur Grösse der Gemeinde Muri und im Vergleich mit Köniz sei das Investitionsvolumen unangemessen hoch. Gemäss dem neuen Investitionsplan werde das Volumen reduziert. Das Parlament werde in den nächsten Jahren der Priorisierung Rechnung tragen müssen und auch die GPK werde ihr besondere Beachtung schenken. Zum Sachaufwand habe die GPK keine Bemerkungen anzubringen. Der Zuwachs bei den Gewinnsteuern der juristischen Personen sei erfreulich. Man hoffe, dass dies auch künftig so bleibe, wisse aber, dass die Budgetierung sehr schwierig sei.

Obwohl der Verkauf der Parzellen im Hargarten nicht habe realisiert werden können, weise man einen Ertragsüberschuss aus; dies sei eine beachtliche Leistung. Die GPK sei informiert worden, dass zwischenzeitlich eine Parzelle habe verkauft werden können.

Mit allem „Wenn und Aber“ stimme die GPK den Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu.

Hans-Rudolf Saxer hält fest, er könne sich namens des Gemeinderates den positiven Beurteilungen der GPK-Sprecherin anschliessen. Es sei nicht selbstverständlich, dass die Jahresrechnung 2004 so erfreulich abschliesse. Ursprünglich sei ein Defizit von CHF 200'000.00 prognostiziert gewesen, die laufende Rechnung schliesse mit einem Ertragsüberschuss von 1,45 Mio. CHF ab. Der Abschluss sei umso erfreulicher, als der im Voranschlag 2004 enthaltene Verkauf der drei Landparzellen im Hargarten im Umfang von 3 Mio. CHF bekanntlich nicht habe realisiert werden können. Damit ergebe sich eine effektive Verbesserung gegenüber dem Budget von rund 4,5 Mio. CHF. Vor kurzem habe der erste Kaufvertrag unterschrieben werden können. Dies wirke sich auf die Jahresrechnung 2005 sehr positiv aus, da dies im Voranschlag nicht vorgesehen sei.

Die Investitionsspitze sei tatsächlich – auch im Vergleich mit anderen Gemeinden – beachtlich. Wegen der hohen Investitionsspitze habe man auch einen Anstieg der

Schulden um 4 Mio. CHF auf 48 Mio. CHF zu verzeichnen. Entscheidend sei jedoch, dass die entsprechenden Weichen gestellt seien, damit sich dies nicht wiederhole. Die Nachkredite lägen anzahlmässig im Bereich der Vorjahre, jedoch betragsmässig höher. Ein grosser Anteil sei auf das Betriebsdefizit des Pflegeheimes zurückzuführen. Man beschäftige sich sehr intensiv mit dem Rechnungsergebnis des Pflegeheimes. Die nötigen Weichen seien gestellt worden und bis jetzt laufe es im Jahre 2005 wesentlich besser. Ab dem nächsten Jahr werde das Pflegeheim durch eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt geführt. Man sei überzeugt, damit über gute Führungsinstrumente für die Zukunft zu verfügen.

Bei einem positiven Rechnungsabschluss würden entweder mit einem entsprechenden Antrag zusätzliche Abschreibungen vorgenommen oder man könne, wie vorliegend, keinen speziellen Antrag stellen, was dazu führe, dass der Ertragsüberschuss automatisch ins Eigenkapital überführt werde.

Der Gemeinderat habe aus folgenden Gründen entschieden, den Überschuss ins Eigenkapital zu überführen:

- Immer sei die Aussage gemacht worden, das Eigenkapital sollte 3 Steuerzehntel betragen. Mit der Überführung des Ertragsüberschusses werde ein Wert von etwa 3 Steuerzehnteln erreicht.
- Die Vornahme von zusätzlichen Abschreibungen werde als wenig sinnvoll erachtet, da keine „non-valeur“ bestünden, die möglichst rasch abgeschrieben werden sollten.
- Im Rechnungsjahr 2005 sei ein massiver Ertragsüberschuss zu erwarten, von welchem voraussichtlich ein gewisser Teil für Abschreibungen verwendet werden sollte.

Namens des Gemeinderates bitte er die Parlamentsmitglieder, die Rechnung 2004 zu genehmigen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Wegmüller hält fest, die SP-Fraktion habe vom positiven Rechnungsabschluss 2004 Kenntnis genommen. Der gute Rechnungsabschluss sei eher durch glückliche Umstände als durch Können zustande gekommen. Das Glück sollte man bekanntlich nicht herausfordern; es könnte in der Zukunft anders aussehen. Nach dem Motto: „Es ist nicht schwieriger zu ertragen, als eine Reihe von glücklichen Jahren“.

Zur Investitionsrechnung habe die SP-Fraktion noch ein paar Bemerkungen anzubringen. Sie begrüsse, dass die Gemeinde in einer Zeit, in welcher der Aufschwung der Konjunktur noch nicht stattfinde, grosse Investitionen tätige. Im Jahre 2004 sei jedoch ein grosser Unterschied zwischen dem Finanzplan und der Rechnung festzustellen. Die geplanten Investitionen seien bekanntlich im Finanzplan 2004 bis 2009 nur zu 85% berechnet worden. Der Realisierungsgrad zu Lasten des Steuerhaushaltes betrage im 2004 aber 111%. Somit belaufe sich die Differenz zwischen dem Finanzplan und den realisierten Nettoinvestitionen auf 31% oder 2,895 Mio. CHF. Die Differenz zwischen Planung und Realisierung sei ihrer Ansicht nach zu gross. In Zukunft sei den erwähnten Aspekten vermehrt Beachtung zu schenken und die Planung und Realisierung zu harmonisieren. Die SP-Fraktion werde die weitere Entwicklung gespannt verfolgen und stimme der Rechnung 2004 zu.

Namens der Forum-Fraktion hält Marina Graham fest, die Jahresrechnung 2004 schliesse zwar mit einem Ertragsüberschuss von fast 1,5 Mio. CHF, jedoch gebe sie keinen Anlass zur Euphorie, da die Verschuldung um 5 Mio. CHF zugenommen habe. Gerade dies sei für sie ein sehr beunruhigendes Signal und sie würde bei der Budgetierung im Herbst dieses Jahres wieder den Finger auf diesen Punkt legen müssen. Die Forum-Fraktion stimme der Jahresrechnung 2004 unter dieser Voraussetzung zu.

Peter Kästli führt aus, die FDP/jf-Fraktion werde den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Vieles sei bereits von den VorrednerInnen gesagt worden, trotzdem

möchte er einige Punkte erwähnen, welche der FDP/jf-Fraktion wichtig erscheinen würden. Das positive Rechnungsergebnis werde ihrerseits mit Genugtuung aufgenommen und zur Kenntnis genommen. Dies um so mehr, als die Verkäufe der Parzellen im Hargarten noch nicht zu Buche geschlagen hätten. Positiv sei weiter festzuhalten, dass man die Ausgaben, sowohl den Personal- als auch den Sachaufwand, im Griff habe. Dies sei nicht selbstverständlich und spreche dafür, dass in der Gemeinde Muri haushälterisch mit öffentlichen Geldern umgegangen werde. Es sei klar, dass Steuereinnahmen – insbesondere bei den juristischen Personen – schwer zu budgetieren seien. In diesem Bereich anfallende Mehrerträge nehme man erfreulich entgegen, müsse sich aber im Klaren sein, dass dies bereits nächstes Jahr anders sein könne. Die FDP/jf-Fraktion nehme zustimmend zur Kenntnis, dass die Budgetierung verfeinert und die Nachhaltigkeit der Zunahme der Steuereinnahmen überprüft werden solle.

Alle vorgesehenen Investitionen seien realisiert worden, was erfreulich sei. Dennoch sei festzuhalten, dass im Vergleich mit anderen Gemeinden (Köniz sei erwähnt worden) diese Investitionen sehr hoch seien. Es brauche einen Effort in den nächsten Jahren, um die Investitionen gemäss dem Investitionsplan zu reduzieren. Effort und Disziplin seien unerlässlich, um auch weiterhin gesunde Finanzen zu haben. Die FDP/jf-Fraktion danke an dieser Stelle dem Finanzverwalter und seinen Mitarbeitenden, dem Gemeinderat und der ganzen Verwaltung, welche zu diesem guten Ergebnis beigetragen hätten.

Die Detailberatung der Rechnung 2004, der Nachkredit-Tabelle und des ROD-Bestätigungsberichtes gibt zu keinen Bemerkungen bzw. Fragen Anlass.

Barbara Künzi, GPK-Sprecherin und Hans-Rudolf Saxer, gemeinderätlicher Sprecher, verzichten auf das Schlusswort.

Beschlüsse (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2004, Abschnitt "Finanz- und Steuerwesen", wird genehmigt.
2. Von den Nachkrediten in der Gesamthöhe von CHF 3'548'860.00 wird Kenntnis genommen.
3. Die Jahresrechnung 2004, die mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'454'229.57 abschliesst, wird genehmigt.

4 Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2005

Der Gemeinderat beantragt, für die Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2005 die ROD Treuhand zu beauftragen.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Für die Vornahme der Prüfung von Buchhaltung und Jahresrechnung 2005 wird die ROD Treuhand beauftragt.

5 **Verwaltungsbericht 2004**

Die Ressortverantwortlichen stehen zur Auskunftserteilung zur Verfügung.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende führt aus, der vorliegende Verwaltungsbericht zeige in anschaulicher Art und Weise auf, wie viel Arbeit in den einzelnen Ressorts innerhalb der Verwaltung, im Gemeinderat und im Grossen Gemeinderat im Berichtsjahr 2004 geleistet worden sei. Sie sei sich bewusst, dass dieser übersichtliche und gut lesbare Verwaltungsbericht die ganze Arbeit nur andeutungsweise wiedergeben könne. Es sei ihr ein persönliches Bedürfnis, allen Mitarbeitenden innerhalb der Verwaltung und natürlich auch den Mitgliedern der Exekutive für ihren Einsatz zu Gunsten der EinwohnerInnen der Gemeinde Muri bestens zu danken. Diesen Dank spreche sie namens aller Fraktionen aus und sie gebe ihrer Hoffnung Ausdruck, dass dieser in geeigneter Form allen betroffenen Mitarbeitenden weitergeleitet werde.

Marina Graham (Forum) hält fest, sie wolle an dieser Stelle nicht für die geleistete Arbeit, welche aus dem Verwaltungsbericht herauszulesen sei, und dessen Verfassung danken, dies habe die Forum-Fraktion bereits in anderer Form gemacht. Vielmehr sei es ihr ein Anliegen, sich beim Gemeinderat zu bedanken, da er ihrem letztjährigen Vorschlag Folge geleistet habe. Der Verwaltungsbericht sei in der heutigen Form mit zahlreichen statistischen Angaben noch aussagekräftiger und aufschlussreicher geworden. Sie danke dafür bestens.

Die Detailberatung des Verwaltungsberichtes 2004 gibt zu folgender Bemerkung und folgendem Antrag Anlass:

28.0 Motion Berger (SP) betreffend Abendfahrplan RBS Buslinie B Gümligen-Ostermundigen-Bolligen (als erfüllt abzuschreibende parlamentarische Vorstösse, Seite 14)

Beat Wegmüller hält fest, die SP-Fraktion begrüsse das neue Vorgehen, dass als erfüllt abzuschreibende parlamentarische Vorstösse im Rahmen des Verwaltungsberichtes abgeschrieben würden. In diesem Zusammenhang möchte sie dem Gemeinderat folgende Anregung unterbreiten: Die abzuschreibenden parlamentarischen Vorstösse sollten ihres Erachtens im Beschlussesentwurf aufgeführt werden.

Die SP-Fraktion stelle den Antrag, die Motion Berger betreffend Abendfahrplan RBS Buslinie B Gümligen-Ostermundigen-Bolligen nicht abzuschreiben. Der Gemeinderat sei dazumal beauftragt worden, sich einzusetzen, dass der Abendfahrplan verbessert und der Busbetrieb täglich bis 21.00 Uhr betrieben werde.

Der letzte Bus verlasse die Station Sonnenfeld-Gümligen an Werktagen um 19.41 Uhr und am Sonntag um 19.11 Uhr. Gegenüber dem alten Fahrplan betrage die Verbesserung nur gerade 15 Minuten. In der umgekehrten Richtung fahre der letzte Bus in Bolligen um 19.44 Uhr ab, auch dort nur eine Verbesserung von 15 Minuten. Aus ihrer Sicht sei die Motion nicht abzuschreiben, da deren Anliegen noch nicht erfüllt seien. An der letzten Hauptversammlung des Quartiervereins Melchenbühl sei übrigens der Abendfahrplan des Busses thematisiert und der Wunsch nach einer Verbesserung geäussert worden.

Es genüge ihrer Ansicht nach für eine Abschreibung nicht, dass sich der Gemeinderat – wie es im Verwaltungsbericht stehe – für eine Verbesserung eingesetzt habe. Die SP-Fraktion beantrage deshalb, die Motion Berger (SP) betr. Abendfahrplan nicht als erfüllt abzuschreiben. Eine Abschreibung wegen einer Verbesserung von 15 Minuten sei nicht gerechtfertigt.

Ursula Cabernard führt aus, der Gemeinderat habe an der Sitzung vom 24. April 2001 den Antrag gestellt, die Motion – u.a. aufgrund des Kosten- / Nutzenverhältnisses – als erledigt abzuschreiben. Ein verlängerter Busbetrieb um eine Stunde würde jährlich rund CHF 60'000.00 kosten. Heute stelle der Gemeinderat noch einmal den Antrag, die Motion abzuschreiben. Es gehe nicht um die erwähnten 15 Minuten. Der Gemeinderat sei der Ansicht, dass er die Motion erfüllt habe. Es stehe nämlich im Motionstext: „Der Gemeinderat wird beauftragt, sich einzusetzen ...“, und er habe sich – u.a. auch nach 2001 – zusammen mit den Gemeinden Ostermundigen und Bolligen, bei der RVK für eine erneute Fahrplanverbesserung eingesetzt! Der Antrag sei von der RVK und vom Kanton abgelehnt worden. Dies habe man zu akzeptieren und sie bitte deshalb das Parlament, diese Motion als erledigt abzuschreiben. Sie halte abschliessend fest, dass der Gemeinderat es als ständigen Auftrag betrachte, die guten Verkehrsverbindungen der Gemeinde Muri fortlaufend zu optimieren und zu verbessern.

Beschluss

Dem Antrag des Gemeinderates auf Abschreibung der Motion Berger (SP) betreffend Abendfahrplan RBS Buslinie B Gümligen-Ostermundigen-Bolligen wird mehrheitlich entsprochen.

Schlussabstimmung

Der Verwaltungsbericht 2004 wird einstimmig genehmigt.

6 Erneuerung Sauberwasserleitung Dentenbergstrasse – Brügglibach; Kreditabrechnung

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Thomas Hanke, nicht verlangt.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Kreditabrechnung betreffend Erneuerung Sauberwasserleitung Dentenbergstrasse – Brügglibach wird genehmigt. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 680'000.00 schliesst sie mit Aufwendungen von CHF 679'854.10 ab (Kreditunter-schreitung von CHF 145.90).

7 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2004; Abrechnung

Das Wort wird durch die gemeinderätliche Sprecherin, Ursula Cabernard, nicht verlangt.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahr 2004 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 500'000.00 mit CHF 477'988.85 ab (Kreditunterschreitung von CHF 22'011.15).

8 Interpellation Wegmüller (SP) betr. gefährliche Plakatstandorte

Die Antwort liegt schriftlich vor.

Das Wort wird durch den gemeinderätlichen Sprecher, Thomas Hanke, nicht verlangt.

Beat Wegmüller (SP) dankt für die rasche Antwort. Er sei zufrieden, was die Gemeinde allgemein betreffe, nicht zufrieden sei er, was die RBS-Station Muri betreffe.

9 Neue parlamentarische Vorstösse

Dringliche Motion der SP-Fraktion Muri-Gümligen betreffend die Nutzung der Parzelle Gümligenfeld

Siehe angefügtes Traktandum 10

Motion Beyeler (Forum) betreffend weiterführende Massnahmen zum Schutz und zur Förderung der Hochstamm-Obstbaumkulturen in unserer Gemeinde

Der Gemeinderat wird hinsichtlich der kommenden Ortsplanungsrevision beauftragt, im Rahmen des Schutzplanes weiterführende Massnahmen zu ergreifen, um die Hochstamm-Obstbaumkulturen im privaten und im öffentlichen Bereich zu fördern, zu unterhalten und zu verbessern.

Bäume, die privaten oder öffentlichen Bauvorhaben zum Opfer fallen, müssen andernorts ersetzt werden. Um eine Verbindlichkeit herzustellen, muss ein umfassendes Gesamtkonzept erarbeitet und im Baureglement ein entsprechender Absatz eingefügt werden.

Begründung

Die Hochstamm-Obstbäume werden gesamtschweizerisch immer mehr dezimiert. Dadurch verschwinden alte Sorten und wichtige Lebensräume von Vögeln, Insekten und anderen Kleintieren, die sich vorzugsweise in altem Gehölz aufhalten, werden zerstört. Bei Neupflanzungen im privaten Bereich kommen, wenn überhaupt, fast nur noch niederstämmige, handliche Neuzüchtungen zum Zuge. Nebst der quantitativen Förderung geht es insbesondere auch um eine qualitative Aufwertung der bestehenden Bäume durch fachgerechte Pflege.

Die Hochstamm-Obstbaumgärten der Gemeinde sind inventarisiert. Der Schutzplan zeigt diverse schützenswerte „Hosteten“ auf öffentlichem Grund auf. Auch die Aktion der Gemeinde, bei der Private jährlich einen kleinen Betrag erhalten, sofern sie gewisse Bedingungen erfüllen, ist begrüssenswert. Doch braucht es meines Erachtens noch zusätzliche, verbindlichere und tiefer greifende Massnahmen, um der fortschreitenden Dezimierung der Artenvielfalt bei den Obstbäumen Einhalt zu gebieten.

Muri, den 24. Mai 2005

Renate Beyeler, Forum

F. Aebi, B. Wegmüller, J. Ziberi, D. Schönenberger, U. Wenger, S. Brüngger, J. Beck, V. Bettler Suter, M. Graham, L. Streit, M. Häusermann, J. Manz, F. Ruta, P. Aeschimann (15)

Motion Beyeler (Forum) betreffend naturnahe Umgebungsgestaltung bei öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben

Der Gemeinderat wird beauftragt, zukünftig bei öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben jeglicher Art, insbesondere aber bei Schulhäusern, eine naturnahe, ökologisch wertvolle Umgebungsgestaltung wie in Art. 10 und 11 des Baureglements beschrieben durchzusetzen, wenn nötig mit einer zwingenderen Formulierung im Rahmen der Ortsplanrevision/ Baureglementüberarbeitung. Die Dienststelle Umweltschutz sowie die Umweltschutzkommission sind, unabhängig von der Grösse des Projekts, in jedem Fall vorgängig zu konsultieren.

Begründung

Die Aussenraumgestaltung des im letzten Jahr sanierten Horbern-Schulhauses mag zwar ästhetisch wirken und zum Spielen einladen, entspricht aber in ungenügender Weise einer naturnahen, ökologisch wertvollen Umgebungsgestaltung wie im Baureglement empfohlen. Wenn die Dienststelle Umweltschutz kontaktiert worden wäre, hätte diese bestimmt zu einer diesbezüglichen Optimierung beigetragen. Die öffentliche Hand sollte in Zukunft ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und restriktiver zu Gunsten der Natur entscheiden und keinesfalls nur die kostengünstigste Variante wählen. Eine sinnvolle Investition in die Natur garantiert einen hohen und pädagogisch wertvollen Erlebniswert für die Kinder und Erwachsenen unserer Gemeinde.

Muri, den 24. Mai 2005

Renate Beyeler, Forum

F. Aebi, P. Aeschimann, B. Wegmüller, J. Ziberi, D. Schönenberger, U. Wenger, M. Graham, L. Streit, M. Häusermann, J. Manz, F. Ruta, S. Brüngger, J. Beck, U. Gantner, R. Raaflaub, V. Bettler Suter (17)

Motion Wenger (EVP) betreffend Einhaltung „allgemeines Fahrverbot“ auf Fussgängerwegen

Der Gemeinderat wird beauftragt, dafür besorgt zu sein, dass allgemeine Fahrverbote, insbesondere auf Fussgängerwegen, von VelofahrerInnen eingehalten werden. Beispiel: Fussweg entlang der Aare.

Begründung

Dass VelofahrerInnen auf Fussgängerwegen das allgemeine Fahrverbot missachten, ist seit einigen Jahren leider an der Tagesordnung und wird, unter dem Motto „Es hat

doch schliesslich Platz für alle“, als Kavaliersdelikt angesehen. Selbst bei dichtem Fussgängerkehr – wie zum Beispiel entlang der Aare – steigen viele VelofahrerInnen nicht ab und tun ihr Kommen bestenfalls durch Klingeln kund. Gerade im Sommer, mit viel Fussgängerkehr von und zu Muribad, ist eine Missachtung des Fahrverbots eine echte Gefahr; nicht nur kleine Kinder können von einem Fahrrad ernsthaft verletzt werden.

Der Gemeinderat hat – leider weitgehend erfolglos – versucht, dieses Übel mit Humor zu bekämpfen (Schilder von Oskar Weiss). Jetzt ist es an der Zeit, andere Massnahmen zu ergreifen. Es muss unbedingt verhindert werden, dass ein umweltfreundliches Fortbewegungsmittel durch solche Missetäter verteufelt wird. Es entsteht sonst eine Feindschaft zwischen der gehenden und der auf zwei Rädern rollenden Bevölkerung. Bereits heute sind Fälle bekannt, wo die Situation zur Selbstjustiz eskalierte.

Zur Erinnerung: Es stehen gut sichtbare „allgemeine Fahrverbote“ an folgenden Stellen: beim Fähri-Beizli, beim Bauernhaus Schwab, beim Muribadparkplatz (Fussweg und Veloparkplatz), beim Veloparkplatz oberhalb des Muribades und beim Fussweg zum Parkplatz.

Gümligen, 24. Mai 2005

Ursula Wenger (EVP)

F. Aebi, J. Beck, L. Streit, M. Häusermann, R. Beyeler, U. Siegenthaler, E. Mallepell, R. Raaflaub, B. Künzi, S. Brüngger, B. Wegmüller, J. Ziberi, M. Graham, D. Schönenberger, F. Müller, H. Treier, V. Bettler Suter (18)

Postulat Künzi-Egli / Heer (FDP/jf) betreffend Projekt Casablanca

Der Gemeinderat wird gebeten abzuklären, ob in Muri-Gümligen ein Projekt Casablanca analog Bern oder andere Massnahmen gegen die Sprayereien in Angriff genommen werden kann.

Begründung

Im Muri wie auch in Gümligen nehmen die Sprayereien zu. Nebst den neuralgischen Punkten Bahnhof und Bahn- wie auch Busstationen sind je länger je mehr auch Privathäuser, die Grundwasserfassungen und auch immer wieder das Ortschild Muri betroffen. Die alte Apotheke Muri an der Thunstrasse wurde in langer Arbeit renoviert und regelmässig nach erfolgten Putzarbeiten wieder besprayed. Ebenso sind nun weitere Gebäude entlang der Thunstrasse betroffen, nach der Strichführung möglicherweise vom gleichen Sprayer.

Es ist zu befürchten, dass die Sprayer auch nicht vor dem im Herbst zu eröffnenden Murizentrum oder der neuen Anlage Worbstrasse, Kreisel, Bahnhof Gümligen Halt machen werden. Neue, sauber verputzte und gestrichene Wände, Anlagen und Gebäude animieren offensichtlich dazu. Auch wenn Muri Gümligen keine Altstadt wie Bern zu bieten hat, sollte zum Ortsbild Sorge getragen werden. Damit diese Sprayereien insbesondere nicht gleich wieder neu erstellte Gebäude verunzieren und somit das Ortsbild beeinträchtigen, ist allenfalls zusammen mit den Leisten eine Variante Casablanca zu prüfen.

Muri, den 24. Mai 2005

Barbara Künzi, Kathrin Heer

N. Lützelschwab, J. Beck, P. Kästli, R. Raaflaub, F. Müller, U. Wenger, R. Grubwinkler, C. Chételat, R. Cadetg, A. Kauth, S. Brüngger, F. Schwander, A. Müller, U. Grütter, H. Treier, R. Meyer, U. Siegenthaler, E. Mallepell, U. Gantner, M. Loosli, R. Friedli, B. Lehmann, D. Schönenberger, M. Graham, A. Stettler, J. Ziberi (28)

Postulat Raaflaub (FDP/jf) betreffend Rauchverbot auf gemeindeeigenen Sportanlagen und Schularealen

Der Gemeinderat wird eingeladen, den Erlass eines allgemeinen Rauchverbotes auf Sportanlagen und während der Unterrichtszeit auf Schularealen zu prüfen.

Begründung

Im Jahr des Sports sollte die Gemeinde auch ein Zeichen in Bezug auf Suchtprävention setzen: wer Sport treibt oder Sporttreibenden zusieht, raucht nicht. Die Sportanlage Füllerich wird deshalb zur Nichtraucherzone erklärt. Damit wird auch das zunehmende Kiffen vorwiegend Minderjähriger auf dieser Anlage thematisiert und Erziehungsberechtigte werden sensibilisiert.

Ein allgemeines Rauchverbot auf den Schularealen während der Unterrichtszeit erleichtert die erzieherische Aufgabe der Lehrkräfte. Zudem können sie ihre Vorbildfunktion besser wahrnehmen.

Gümligen, 24. Mai 2005

R. Raaflaub

N. Lützelschwab, U. Siegenthaler, E. Mallepell, F. Schwander, A. Müller, M. Graham, D. Schönenberger, F. Aebi, C. Chételat, U. Gantner, S. Brüngger, U. Wenger, M. Loosli, U. Grütter, B. Wegmüller, D. Pedinelli, F. Ruta, J. Manz, R. Beyeler, M. Häusermann, L. Streit, P. Aeschmann, J. Ziberi (24)

10 Motion SP-Fraktion Muri-Gümligen betreffend die Nutzung der Parzelle Gümligenfeld (definitiv eingereichte Fassung)

Der Gemeinderat wird beauftragt, bezüglich der Nutzung der Parzelle 3326 (Feldstrasse 30, 3073 Gümligen) unverzüglich durchzusetzen, dass die gegenüber den Stimmberechtigten, dem Parlament und den Einwohnerinnen und Einwohnern von Muri-Gümligen gemachten Aussagen beachtet und umgesetzt werden.

Namentlich sind sämtliche allfälligen Unklarheiten der Überbauungsordnung Gümligenfeld vom 28. September 1997 mit Zonenplanänderung und die Unklarheiten eventueller weiterer Erlasse umgehend zu bereinigen.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung

Die Gemeinde kaufte die Parzelle 3326 mit Kaufvertrag vom 11. September 1991 (Abstimmung vom 08.12.1991), um dort ein Gewerbe- und Dienstleistungszentrum zu errichten. Discounter oder andere Einkaufszentren sollten angesichts der problematischen Verkehrslage indessen ausdrücklich nicht im Gümligenfeld angesiedelt werden.

Die Botschaft des GGR an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vom 8. Dezember 1991 enthält folgende Aussagen zur Ortsplanung: „Mit der Zone mit Planungspflicht „Gümligenfeld“ wird eine dichte und gestalterisch überdurchschnittliche Überbauung mit breitem Angebot an Arbeitsplätzen für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe angestrebt.“ Und: „Das einmal erworbene Land soll nur im Baurecht an Interessenten abgegeben werden. Damit innert nützlicher Frist gehandelt werden kann, müssen die Baurechtsbedingungen durch das Parlament beschlossen werden. (...) Soll neben einer aktiven Landpolitik auch Gewerbepolitik betrieben werden, muss die Möglichkeit gegeben sein, neben dem Baurechtszins pro m² Land auch einen pro m² Nutzfläche zu fordern. Sonst dürfte es unmöglich sein, im Gümligenfeld auch kleine Gewerbebetriebe anzusiedeln.“

Das Baureglement 1994 sah vor: „Zulässig sind Bauten für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe ohne grösseren Publikumsverkehr (insbesondere nicht zulässig sind Einkaufszentren, Freizeitanlagen und andere Nutzungen, die einen grösseren Verkehr zur Folge haben). Der Zone ist die Lärmempfindlichkeitsstufe III (Art. 43 LSV) zugeordnet“.

Im Jahr 1993 führte die Gemeinde einen Ideenwettbewerb durch. Ziel des Wettbewerbs war es, „planerisch eine dichte und gestalterisch überdurchschnittliche Überbauung mit breitem Angebot an Arbeitsplätzen für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe“ vorzustellen. Angesichts des hohen Kaufpreises, der beim Wiederverkauf auf das Gewerbe hätte abgewälzt werden müssen, fanden sich aber keine Käuferinnen und Käufer aus Gewerbekreisen. Daher verkaufte die Gemeinde das Grundstück im Jahr 2000 mit Verlust an Rubin Totalunternehmung AG, hielt jedoch dabei ausdrücklich an ihrem Vorhaben fest, gewerbliche Nutzungen sowie Nutzungen für Dienstleistungsbetriebe zu ermöglichen und keine Discounter anzusiedeln. Aus diesem Grund lehnte die Gemeinde die Kaufofferte von Tivona AG ab, welche auf der Parzelle einen Media Markt und ein Möbelhaus betreiben wollte. Bei über 30 Interessentinnen und Interessenten entschied sie sich für Rubin Totalunternehmung AG, welche Nutzungen im Bereich Treuhand und Feinelektronik in Aussicht stellte.

In der Botschaft vom 30. Oktober 2000 des Gemeinderates an das Parlament zum Verkauf der Parzelle Nr. 3226 im Gümligenfeld sind folgende Aussagen enthalten: „Dieser Antrag bedeutet, dass der Gemeinderat auf die Offerte der Tivona AG für die Erstellung eines Media Marktes nicht eintritt. (...) Die Schwierigkeiten beim Parkieren und beim Verkehrsfluss wären vorprogrammiert. Die Überbauungsvorschriften verbieten zudem bekanntlich Nutzungen, welche in Wohngebieten einen grossen Publikumsverkehr verursachen“.

Der Gemeindepräsident hat sich im Grossen Gemeinderat gemäss Protokoll vom 21. November 2000 in der gleichen Art geäussert. Die künftigen Nutzer des Gümligenfelds seien im Bereich Treuhand und Feinelektronik tätig und seien daher willkommen. Betriebe mit grossem Publikumsverkehr seien ausgeschlossen. Gemäss Überbauungsordnung sei die Zahl der Parkplätze beschränkt. 7/8 der Plätze müssten unterirdisch angeordnet werden, was Billiganbieter abschrecke. Er sichere zu, dass kein grosser oder grösserer Fachmarkt ins Gümligenfeld kommen werde.

Bereits im Jahr 2000 wurden in der Pressen Gerüchte laut, es komme ein Media Markt nach Gümligen. Der Gemeinderat dementierte dies in einem Pressecommuniqué am 08. August 2000. Er schrieb: „Der Gemeinderat begrüsst die künftige Bautätigkeit im Gümligenfeld und heisst die Investoren willkommen. Medienberichte in den letzten Tagen verlangen aber nach einer Klarstellung hinsichtlich der Eignung des Gümligenfelds für Fachmärkte. Fachmärkte sind bekanntlich auf zahlreiche Parkplätze in ihrer unmittelbaren Nähe angewiesen (...). Ein weiteres Hindernis (...) bildet die Bestimmung in den Überbauungsvorschriften, wonach Anlagen, welche einen grösseren Publikumsverkehr in Wohngebieten verursachen, nicht zugelassen sind. Diese Aspekte hat der Gemeinderat auch gegenüber der Berner Zeitung betont, weshalb die Schlagzeile „Media Markt kommt nach Muri“ doch stark zu relativieren ist“. Nun entnehmen wir der Presse erneut, dass ein Media Markt und ein Einkaufszentrum für Sportartikel auf der ehemaligen Gemeindeparzelle im Gümligenfeld angesiedelt werden sollen. Dies entspricht klar nicht den Absichten von Parlament und Stimmvolk. Angeblich unklare Erlasse sind sofort entsprechend zu präzisieren.

Muri und Gümligen, 22. Mai 2005

Daniela Pedinelli

V. Bettler Suter, U. Siegenthaler, B. Wegmüller, J. Ziberi, F. Ruta, F. Aebi, J. Manz, M. Graham, D. Schönenberber, P. Aeschmann, M. Häusermann, R. Beyeler, L. Streit, U. Wenger, S. Brüngger (16)

Daniela Pedinelli hält fest, die Dringlichkeit liege auf der Hand. Im Schweizerischen Handelsamtsblatt vom 18.5.1994 sei auf Seite 3 publiziert gewesen, dass der Media Markt ins Gümligenfeld komme. Dies entspreche ziemlich genau nicht dem, was das Stimmvolk, das Parlament aber auch der Gemeinderat sich eigentlich zum Ziel gesetzt hätten. Es hätten Bestrebungen des Gemeinderates für eine aktive Land- und auch Gewerbepolitik vorgelegen. Zu diesem Zweck sei ein Grundstück gekauft worden, was nun zum Resultat führe, dass ein weiterer Discounter im Gümligenfeld einziehe. Dies sei eine – leider heute schon fast alltägliche – Ungeheuerlichkeit, und werde sogar von Eros Ramazotti besungen: „*Hanno buttato giù l' Odeon e ci faranno un discount. Un'altro sogno che uccidono, un'altra volgarità*“.

Laut dem Geschäftsführer des Media Marktes müsse mit einem durchschnittlichen Verkehrsaufkommen von rund 6'000 Autos an Samstagen gerechnet werden, so stehe es in der BZ vom 28. Mai 1996. Dabei sei zu bedenken, dass beispielsweise die Thunstrasse von zahlreichen Kindern überquert werde! Es sei eine gravierende Situation für die Gemeinde Muri und die SP-Fraktion verlange, dass die Nutzung sofort so umgesetzt werde, wie sie ursprünglich von allen Beteiligten vorgesehen gewesen sei und wie sie in den Ausführungen der Motion begründet würde. Es liege ein dringlicher Handlungsbedarf vor, man müsse sofort einschreiten.

Als gemeinderätlicher Sprecher hält Hans-Rudolf Saxer fest, dass er sich nicht zum Inhalt der Motion äussere, sondern lediglich zur Frage der Dringlichkeit. Vorab danke er der SP-Fraktion, dass sie dem Gemeinderat gestern kurz vor Sitzungsbeginn den Text dieser dringlichen Motion zugestellt habe. Dadurch habe der Gemeinderat noch über diese Motion diskutieren können und könne heute einen fundierten Antrag stellen.

Der Gemeinderat beantrage die Ablehnung der Dringlichkeit, respektive bitte die SP-Fraktion, die Dringlichkeit zurückzuziehen. Dies aus folgenden Gründen: Wenn die Dringlichkeit vom Parlament bejaht würde, heisse dies, dass der Vorstoss heute Abend materiell behandelt werden müsste. Der Gemeinderat hätte die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme nicht und könnte seine Argumente auch nicht kundtun. Es sei nicht einfach eine Interpellation, welche man mit Ja oder Nein beantworten könne, sondern eine relativ komplexe Situation. Es sei dem Gemeinderat – und bisher immer auch dem GGR – ein Anliegen gewesen, dass man sich nach Kräften bemühe, qualitativ gute Entscheide zu fällen. Der Gemeinderat sei der Meinung, wenn nun heute Abend materiell inhaltlich, argumentiert werden müsse, ohne vorher Abklärungen machen zu können, sei die Qualität der Beschlussfassung, welche er anstrebe, nicht sichergestellt. Dies wäre aus Sicht des Gemeinderates, insbesondere in diesem sensiblen Bereich, äusserst unerwünscht. Auf der anderen Seite sei es dem Gemeinderat klar, dass dies ein klassisches Beispiel für einen Vorstoss sei, welcher nicht erst in vier Monaten beantwortet werden könne. Insofern habe der Gemeinderat Verständnis für den Antrag auf Dringlichkeit. Er würde deshalb zusichern, diesen Vorstoss sehr rasch zu behandeln, und zwar bereits an der Juni-Sitzung des Parlamentes. Dies würde es dem Gemeinderat erlauben, zwar in sehr knapper Zeit, jedoch in einem geordneten Verfahren, eine Antwort auszuarbeiten. Damit könnte dieser Vorstoss am 21. Juni 2005 materiell beantwortet werden. Vor diesem Hintergrund wäre er froh, wenn die SP-Fraktion die Dringlichkeit zurückziehen würde. Ansonsten stelle der Gemeinderat den Antrag, die Dringlichkeit abzulehnen.

Auf Antrag von Urs Grütter (SVP) erfolgt ein 10-minütiger Sitzungsunterbruch.

Daniela Pedinelli führt aus, die SP-Fraktion nehme zur Kenntnis, dass sich der Gemeinderat nach Kräften bemühe, qualitativ gute Entscheide zu fällen und respektiere dies auch, sei es doch in der Regel auch so. Sie wolle aber noch einmal auf die Wichtigkeit der Erarbeitung dieser Entscheidungsgrundlage hinweisen. Das Verkehrsaufkommen und die Überbauungsordnung habe sie bereits erwähnt. Sie bitte den Gemeinderat zu überprüfen, ob diese Überbauungsordnung, welche offenbar juris-

tisch eine Nutzung ermögliche, welche nicht dem politischen Willen der Gemeinde entspreche, geändert werden könne. Sie bitte den Gemeinderat, alle Massnahmen zu überprüfen, um zu verhindern, dass man eine Nutzung habe, welche nicht dem politischen Willen des Stimmvolkes entspreche. Das Vertrauen in Ehren, das ganze Geschäft habe gezeigt, dass doch ziemlich stark geschaut werden müsse, ob diejenigen, welche das Vertrauen beanspruchen, es auch verdienen. Sie habe das Vertrauen noch, weshalb die Dringlichkeit zurückgezogen werde.

Die Vorsitzende hält fest, dass die Motion – gestützt auf die Zusicherung des Gemeinderates und des Rückzuges der Dringlichkeit durch die SP-Fraktion – an der GGR-Sitzung vom Juni behandelt werde.

Auf die Frage der Vorsitzenden werden keine Einwände gegen das Verfahren erhoben.

Die Vorsitzende verweist auf die Einladung zu einem Fussball-Spiel gegen den Grossen Rat am 27. Juni 2005, welche vorgängig der Sitzung allen Parlamentsmitgliedern verteilt worden sei. Anmeldungen nehme die Schulverwaltung bis am 10. Juni 2005 entgegen.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

V. Bettler Suter

N. Roth